

In Eritrea gilt auch nach dem Frieden mit Äthiopien: Nationaldienst ab der Sekundarschule – potenziell für Jahrzehnte

Seit einem Vierteljahrhundert werden Eritreer zu teilweise jahrzehntelangen Zwangsdiensten verdonnert. Nun liefert ein Bericht einer Menschenrechtsorganisation neue Details zur «Schule der Nation».

Christian Putsch, Kapstadt
9.8.2019, 19:03 Uhr

Am 2. August feierte Eritrea mit grossem Brimborium das 25-jährige Bestehen seines umstrittenen «Nationaldienstes». An der Militärparade waren Panzer und Kampfhelikopter zu sehen. Das offizielle Motto der Feierlichkeiten lautete «die perfekte Wahl für Nachhaltigkeit». Millionen Menschen seien diesem verpflichtet, teilten die Behörden in Asmara in gänzlicher Verkennung der Realität mit. Tatsächlich ist der Nationaldienst einer der Hauptgründe, warum zahlreiche Eritreer aus ihrer Heimat fliehen. Bis zum 50. Lebensjahr können Männer und Frauen zur Ableistung gezwungen werden. Verdonnert werden sie nicht nur zu militärischen Einsätzen, sondern auch zu Aufgaben in der Verwaltung, in Schulen, Krankenhäusern oder Hotels.

Beginn im letzten Schuljahr

In einem am Donnerstag erschienenen Bericht hat die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) das Land für die Zwangsrekrutierungen zum wiederholten Mal scharf kritisiert. Die Studie zeigt, dass junge Eritreer oft noch vor Beendigung der Schule eingezogen werden. Viele Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler absolvierten ihr letztes Schuljahr in dem berüchtigten Sawa-Militärcamp in der Nähe der sudanesischen Grenze. Hier kommt es gemäss dem Bericht immer wieder zu Misshandlungen. Die Schulen in Eritrea stünden im Zentrum des repressiven Systems, mit dem das Regime unter Präsident Isaias Afewerki die Bevölkerung kontrolliere, sagte Laetitia Bader, eine der Autorinnen der Studie. Die Informationen basieren auf Gesprächen mit 73 Eritreern und Eritreerinnen im Exil. HRW wirft der Regierung zudem vor, dass sich auch nach dem jüngsten Friedensschluss mit Äthiopien nichts an dieser Praxis geändert habe. Der langjährige Konflikt mit dem Nachbarland, von dem sich Eritrea 1993 abgespalten hatte, galt bisher als offizielle Begründung für den Dienst.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2013 beträgt die durchschnittliche Dauer des Nationaldienstes in Eritrea knapp sechs Jahre. Allerdings behält sich der Staat das Recht vor, Absolventen auch danach jederzeit wieder einzuziehen. Wer desertiert und aus dem Land flüchtet, drohen bis zu fünf Jahre Haft.

«Keine Verbesserung»

Auch die Uno hatte die anhaltend besorgniserregende Menschenrechtsslage in Eritrea jüngst immer wieder kritisiert. «Im vergangenen Jahr haben wir in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte keine Verbesserung feststellen können», hatte Kate Gilmore, die stellvertretende Uno-Menschenrechtskommissarin, im Frühjahr gesagt. Noch immer komme es im Rahmen des Nationaldienstes regelmässig zu sexueller Gewalt, Folter und Zwangsarbeit. Unlängst warf die Uno-Sonderbotschafterin für Menschenrechte in Eritrea, Daniela Kravetz, dem eritreischen Regime zudem die Verfolgung von Christen vor. Das Regime habe willkürlich orthodoxe und freikirchliche Gläubige festgenommen. Asmara wies die Vorwürfe zurück und lässt die Sonderbotschafterin weiterhin nicht ins Land reisen.

In den vergangenen Jahren hatte es zum Nationaldienst jedoch auch relativierende Angaben gegeben. So kam das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, eine EU-Agentur, im Jahr 2015 in einem Bericht zum Schluss, dass Wehrdienstverweigerer «nur noch für einige Wochen oder Monate» inhaftiert würden. Das entspricht in etwa dem Sprachgebrauch von hochrangigen Ministern Eritreas. Auch Familienbesuche in der Heimat von im Ausland lebenden Eritreern seien «offenbar ohne Konsequenzen» möglich. Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen haben den Bericht allerdings kritisiert und die EU der Verharmlosung der Menschenrechtsslage bezichtigt.

Das Regime in Eritrea ist so repressiv wie vor dem Friedensschluss mit Äthiopien

Das Land am Horn von Afrika hat mit seinem Nachbarn Äthiopien nach Jahrzehnten Frieden geschlossen. Doch punkto Menschenrechte bleibt es ein repressiver Staat, wie die Uno nun analysiert hat. Und es sieht nicht so aus, als würde sich das bald ändern.

Fabian Urech / 19.3.2019, 10:10



Flucht aus dem Kasernenstaat: Für viele Eritreer war der Friedensschluss mit Äthiopien wie der Fall der Berliner Mauer

Seit dem Friedensschluss zwischen Äthiopien und Eritrea ist die Grenze nun offen. Tausende von Eritreern strömen ins Nachbarland, um ihre Verwandten wiederzusehen oder der Repression zu entkommen.

David Signer, Humera / 20.2.2019, 05:00

